

4. Mobilisierungsprozesse von *Fridays for Future* Ein Blick hinter die Kulissen

Dieter Rucht und Dieter Rink

Wenn Massen in den Straßen protestieren, so steht dahinter meist eine größere, von außen aber kaum sichtbare Mobilisierungsarbeit. Diese wird getragen von mehr oder weniger professionellen Bewegungsorganisationen, die teilweise in monatelanger Vorarbeit und mit erheblichem Ressourceneinsatz die öffentlichen Auftritte ermöglichen. Bei *Fridays for Future* (FFF) scheint alles anders zu sein. Stimmt das Erscheinungsbild einer spontanen bzw. kaum strukturierten Massenbewegung, die gleichsam aus dem Nichts kommt und ganz von der Begeisterung ihrer jugendlichen Anhänger_innen getragen wird? Galt nicht das Thema Klimaschutz, dem sich schon seit Jahrzehnten etliche etablierte Umwelt- und Klimaschutzorganisationen widmeten (darunter auch das bereits 1989 entstandene, international tätige Climate Action Network), als gegenüber der breiten Bevölkerung schwer vermittelbar (Kössler 2013)? Immerhin hat dieses Thema im Jahr 2019 binnen weniger Monate einen Spitzenplatz unter den von der deutschen Bevölkerung als dringlich erachteten Problemen eingenommen (z. B. im Politbarometer: www.forschungsgruppe.de), inzwischen allerdings wegen der Coronakrise einen jähen Bedeutungsverlust erfahren. In vielen Ländern, vor allem aber in Deutschland, hat das zu einer zahlenmäßig eindrucksvollen Protestbeteiligung geführt. Warum konnte sich diese Bewegung so rasch ausbreiten? Welche internen und externen Faktoren spielten dabei eine Rolle? Welche Strategien und Techniken der Mobilisierung wurden und werden verfolgt?

Im ersten Teil dieses Beitrags soll zunächst die Mobilisierungsdynamik von *Fridays for Future* in Deutschland von Ende 2018 bis März 2020 in Zahlen dargestellt und kurz kommentiert werden. Der zweite Teil zielt auf die Erklärung dieser Mobilisierung sowohl hinsichtlich ihrer außerordentlichen Breite als auch ihres konjunkturellen Verlaufs.

Als Quellen unserer Darstellung und Analyse nutzten wir allgemein zugängliche Zeitungsberichte, Interviews und Aufsätze, vor allem aber die Informationen aus insgesamt zehn Interviews, die wir im März/April 2020 nach einem einheitlichen Leitfaden mit Sprecher_innen und Organisator_innen von FFF durchgeführt haben. Wir haben Städte unterschiedlicher Größe in West- und Ostdeutschland berücksichtigt und dabei Berlin, Bremen, Kiel, Leipzig, München und Zwickau ausgewählt. Die Interviews, die wir bewusst nicht im Wortlaut aufgezeichnet haben, hatten eine Dauer zwischen 40 und 65 Minuten. Den Interviewten wurde vorab zugesichert, dass es keine direkte Zuordnung von Namen und wörtlichen Zitaten geben würde.¹

Die Mobilisierungsdynamik im Zeitverlauf

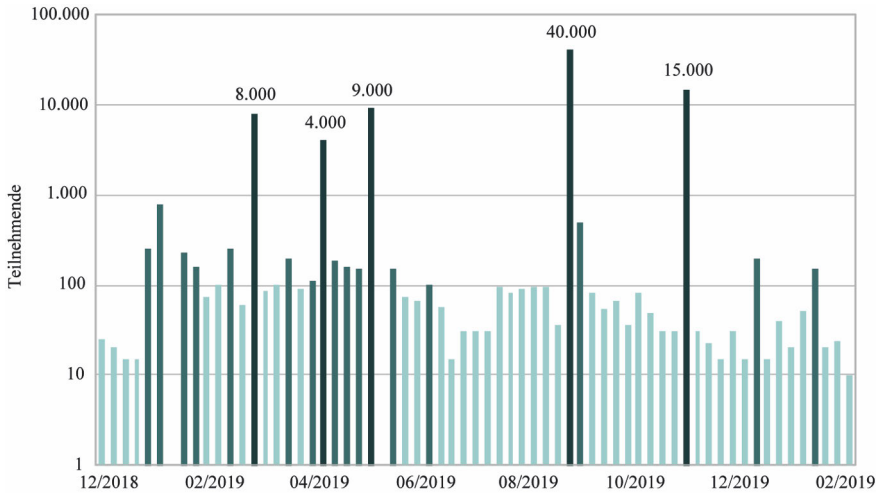
Die ersten Klimastreiks in Deutschland wurden vor allem in einigen großen Städten am 14. Dezember 2018 organisiert, so z. B. in Bremen, Hamburg, Berlin, München und Kiel (mit der an diesem Tag größten Beteiligung von 500 Menschen). Die Initiative dazu kam vom einem »Orga-Team«, das Aktivist_innen aus mehreren Städten ab Anfang Dezember gebildet hatten. Das Vorbild war Schweden, wo sich, ausgehend von Greta Thunbergs Einzelaktion, der Schulstreik als kollektive Praxis zu etablieren begann (siehe Teune, Kapitel 6). In dieser Phase beteiligten sich an wenigen Orten in Deutschland meist nur jeweils einige Dutzend Schüler_innen an den Demonstrationen.

Nach der Weihnachtspause wurde in einigen großen Städten der freitägliche »Schulstreik« mit deutlich mehr Aufwand organisiert. In München beteiligten sich im Januar/Februar 2019 mit steigender Tendenz bereits bis zu 1.000 Schüler_innen. In Bremen, für das eine vollständige Zeitreihe vorliegt, schwankte die Zahl in diesem Zeitraum zwischen 200 und 800 (Abb. 4.1). In anderen und zumal kleineren Städten kamen die wöchentlichen Streiks erst etwas später in Gang oder wurden erstmalig am 15. März, dem ersten globalen Streiktag, durchgeführt. An allen sechs von uns näher betrachteten Orten konnten an diesem Tag mehr Schüler_innen als zuvor mobilisiert wer-

1 An dieser Stelle danken wir den Interviewten für ihre Mitwirkung und große Offenheit in der Beantwortung unserer Fragen und für die Bereitstellung weiterer Materialien. Unser Dank gilt auch Anthea Wagner für die Zusammenstellung eines großen Teils der Zahlen zur Protestbeteiligung in sechs bundesdeutschen Städten.

den. Bundesweit waren nach Angaben der Organisator_innen (die wir hier, sofern nicht anders vermerkt, zugrunde legen) rund 300.000 Demonstrierende auf der Straße (Tabelle 4.1).

Abbildung 4.1: Beteiligung an Freitagsprotesten von FFF in Bremen



Hinweis: Logarithmische Skala auf der Y-Achse, dadurch werden hohe Werte im Säulendiagramm optisch gestauch. Türkis: ≤ 100 ; dunkelgrün: 101-1.000; schwarz: > 1.000

In den nachfolgenden Monaten wurden die wöchentlichen Schulstreiks fortgesetzt, blieben aber fast überall unterhalb der am 15. März erzielten Größenordnungen. Der 2. Globale Streiktag am 24. Mai erbrachte bundesweit nur eine geringfügige Steigerung der Teilnehmer_innen auf 320.000. Teilweise lag das lokale Aufkommen, so in Berlin, Bremen und München, unter den Werten des 1. Globalen Aktionstages; an anderen Orten, so in Leipzig und Zwickau, lag es darüber. Einen weiteren Höhepunkt bildete eine zentrale Großdemonstration am 21. Juni in Aachen mit rund 40.000 Demonstrierenden.

In den Sommerferien gingen die Protestaktivitäten zurück. Nur in wenigen Städten fanden weiterhin Freitagsdemonstrationen statt. Allerdings veranstaltete *Fridays for Future* Anfang August in Dortmund einen viel beachteten »Sommerkongress«, der vor allem der Vermittlung von Informatio-

nen und dem Austausch von Erfahrungen diene. Laut Veranstalter_innen nahmen etwa 1.500 Menschen an diesem Treffen teil.

Tabelle 4.1: Protestbeteiligung an internationalen Aktionstagen von FFF in ausgewählten Städten

Internationale Aktionstage				
	15.03.2019	24.05.2019	20.09.2019	29.11.2019
Berlin	25.000	15.000	270.000	60.000
Bremen	8.000	5.000	40.000	15.000
Kiel	7.000	7.000*	16.000	11.000
München	10.000	7.500	60.000	33.000
Leipzig	1.500	4.500	25.000	10.000
Zwickau	keine Demonstration**	800	600	600
Bundesweit	300.000	320.000	1.400.000	630.000

Quellen: Angaben lokaler FFF-Gruppen; *Angabe der Polizei; ** an diesem Tag nahmen 300 Zwickauer Schüler_innen an der Demonstration in Chemnitz teil.

Mit dem 3. Globalen Streiktag am 20. September wurde der Höhepunkt der Mobilisierung mit 1,4 Millionen Teilnehmer_innen in Deutschland erreicht. Daran waren neben *Fridays for Future* als Hauptakteur zahlreiche weitere Gruppen, darunter die großen Umwelt- und Naturschutzverbände, beteiligt. Ein Fokus dieses Protests war das Klimaschutzkonzept der Bundesregierung, das an diesem Tag vorgestellt wurde (Klimakabinett 2019). Zu diesem Zeitpunkt verzeichnete FFF in Deutschland rund 500 Ortsgruppen.

Danach ging die freitägliche Mobilisierung in einigen Städten deutlich zurück. Mit 640.000 Menschen war die Beteiligung am 4. Globalen Aktionstag (29. November) in Deutschland noch immer hoch, aber betrug weniger als die Hälfte des vorangegangenen Aktionstages. Auch nahm die Zahl der wöchentlich Demonstrierenden rapide ab. Selbst in größeren Städten lag die Größenordnung meist nur noch bei 100 bis 200. Etliche Aktivist_innen »brauchten eine Pause«² und zogen sich von der Organisation zurück. Nach

2 Kurzzitate aus den Interviews werden ohne Nachweis der Quelle in Anführungszeichen gesetzt.

einem Jahr auf der Straße waren insbesondere die am stärksten Engagierten erschöpft und fragten sich, was mit den wöchentlichen Streiks erreicht werden könne. Hatte es zum September noch eine breite mediale und öffentliche Thematisierung von FFF gegeben, gerade auch in Verbindung mit den Beschlüssen der Bundesregierung, so ließ die mediale Aufmerksamkeit im Herbst rapide nach. Gegen Jahresende wurde dann auch von vielen Medien die rückläufige Mobilisierung thematisiert. Externe wie interne Aufmerksamkeit erregte der Beschluss der Kölner Gruppe von *Fridays for Future*, die wöchentlichen Demonstrationen ab dem Protest vom 13. Dezember 2019 auszusetzen. An anderen Orten wurden nach der Weihnachtspause die Streiks und Mobilisierungen mit meist niedriger Beteiligung wöchentlich weitergeführt (wie in Bremen oder in München, siehe auch Grupp u. a., Kapitel 5). In Leipzig und in weiteren Städten wurde entschieden, nur noch monatlich zu demonstrieren.

Mit der Coronakrise kamen die Straßenproteste ganz zum Erliegen. Nun setzte eine »Reflexionsphase« ein. Die Besprechungen und Aktivitäten verlagerten sich ganz ins Netz. In einigen Städten, so in München, wurden jeden Freitag Redebeiträge auf Youtube gestreamt, fanden aber nur relativ wenig Resonanz. Außerdem wurden Webinare veranstaltet und weitere Formen der digitalen Präsentation von Informationen genutzt (z. B. Plakate, Video-clips). Zahlreiche Aktivitäten, insbesondere der 5. Globale Klimastreiktag am 24. April 2020, konnten fast nur noch netzbasiert durchgeführt werden, sodass die Rede von einem »Streik« noch weniger zutreffend ist.

Im Gesamtverlauf, also unter Absehung von örtlichen Abweichungen, können wir somit auf einen geschlossenen Mobilisierungszyklus von ca. 15 Monaten zurückblicken. Er nahm, zumindest als Straßenprotest, in Deutschland im Dezember 2018 seinen Anfang, erreichte am 20. September 2019 seinen Höhepunkt, flachte danach stark ab und fand schließlich, mit dem durch den Coronavirus erzwungenen Verbot öffentlicher Versammlungen, im März 2020 ein vorläufiges Ende. Dieser in Zahlen fassbare Zyklus beruht im Wesentlichen aus den regelmäßigen Freitagsdemonstrationen, die teilweise als stationäre Kundgebung, teilweise als Demonstrationszug, an manchen Orten (z. B. Berlin) auch in Verbindung beider Formelemente stattfanden.

Die Zahlen der Teilnehmenden insbesondere der globalen Streiks »werden von der Polizei unterschätzt, von den Organisator_innen meist überschätzt«, so einer der Protestorganisatoren. Vielfach zeigt sich eine erhebli-

che Diskrepanz zwischen beiden Zahlenquellen. Zum Beispiel verzeichneten die Veranstalter_innen der Berliner Demonstration am 29. November 2019 »bis zu 70.000«, die Polizei dagegen »maximal 30.000« Beteiligte. Noch größer war die Zahlendiskrepanz am 20. September mit 270.000 (Veranstalter_innen) bzw. 100.000 (Polizei) Demonstrierenden.

Neben den an Freitagen stattfindenden »Schulstreiks«, die in einigen Fällen auch eine mediale Aufwertung und überdurchschnittlich starke Beteiligung durch die Anwesenheit von Greta Thunberg erfuhren (Berlin am 31. März 2019 und 19. Juli 2019, in Hamburg am 1. März 2019 und 22. Februar 2020), fanden weitere Protestaktivitäten statt, die dann nicht wegen ihrer Größe, sondern aufgrund ihres besonderen Charakters erhebliche mediale Aufmerksamkeit auf sich zogen (siehe Goldenbaum/Thompson, Kapitel 9). Zu nennen sind beispielsweise ein Protest mit mehreren hundert Teilnehmer_innen in der Eingangshalle des Stuttgarter Flughafens, eine Aktion anlässlich der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt, die Beteiligung an Protesten gegen den Abbau von Braunkohle im Großraum Aachen (mit dem Fokus Hambacher Forst) und der bereits erwähnte Sommerkongress in Dortmund. Weitere, weniger beachtete Aktionen von FFF bestanden aus kollektiven Müllsammelaktionen, Mahnwachen, Ampelaktionen, Fahrraddemonstrationen und Workshops. Bereits ab Frühjahr 2019 wurde das Klimathema an manchen Orten direkt in die lokale Politik transportiert. So initiierte FFF zahlreiche Stadtratsbeschlüsse zum Klimanotstand (siehe www.klimabuendnis-hamm.de). Auch beteiligten sich Vertreter_innen an lokalen Jugendparlamenten (Leipzig), Jugendbeiräten und Demokratiebündnissen (Zwickau) und unterstützten seit Frühjahr/Sommer 2019 die Formulierung und Umsetzung der Klimanotstandsbeschlüsse und der lokalen Klimakonzepte.

Die Mobilisierungsarbeit

Nur selten erfolgen Proteste spontan, das heißt ohne organisatorische Vorkehrungen. Im Regelfall, so selbst bei den frühen Protesten von *Fridays for Future* in Deutschland, ist eine mehr oder weniger intensive Vorbereitung erforderlich. Sie reicht von minimalen Vorkehrungen, etwa der Benennung von Anliegen, Form und Zeitpunkt des Protests (auch gegenüber Behörden) bis hin zu aufwendigen Organisations- und Mobilisierungsprozessen, die

in Einzelfällen etliche Monate, im Extremfall sogar Jahre beanspruchen können (Rucht 2018). Diese Leistungen, die wir zusammenfassend als Mobilisierungsarbeit bezeichnen, beinhalten (a) die Informations- und Überzeugungsprozesse, die zur Protestbereitschaft und letztlich zur konkreten Protestbeteiligung führen, (b) die Bereitstellung dinglicher Ressourcen (Finanzmittel, Räume, technische Infrastruktur, Plakate, Bühnen, Lautsprecher) sowie (c) die Strukturierung interner Abläufe (Kommunikationsweisen, Verantwortlichkeiten und Arbeitsteilung, Modi der Kommunikation und Entscheidungsfindung, Repräsentanz nach außen). Nachfolgend zeigen wir, in welcher Weise und mit welchen Resultaten diese drei Leistungen erbracht wurden.

Informations- und Überzeugungsarbeit

Manche Problemlagen, die zu Protest führen, sind offenkundig und bedürfen keiner aufklärenden Information (z. B. Hungeraufstände). Anders verhält es sich im Falle des Klimaschutzes. Hier ist Bedrohung nur bedingt direkt und sinnlich erfahrbar, sondern beruht auf Hochrechnungen und Prognosen, die sich teilweise auf weit in der Zukunft liegende negative Folgen beziehen. Die Informationen, die eine Gefährdung globalen Ausmaßes überhaupt als Problem erkennen lassen, werden seit rund vier Jahrzehnten durch die Klimawissenschaften und benachbarte Disziplinen bereitgestellt. Erst allmählich fanden sie Gehör bei Teilen der etablierten Politik und führten mit dem Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 zu einem Durchbruch. In Deutschland sorgten zudem die Debatten um die Energiewende und besonders der Streit um die Braunkohleförderung dafür, dass das Wissen um das Klimaproblem verbreitet und die Klimafrage politisiert wurde. Zu einer entsprechenden Sensibilisierung der Bevölkerung in Deutschland trug auch der ungewöhnlich trockene Sommer 2018 im Verbund mit erheblichen Ernteaussfällen und großen Waldbränden bei. Außerdem führten Umweltverbände schon seit Jahrzehnten Informationskampagnen zur Klimafrage durch. Auch hatte die enger gefasste Klimaschutzbewegung wiederholt mobilisiert, ohne jedoch eine Massenbasis zu erlangen (Dietz/Garrelts 2013). Erst im Sommer 2018 erzielten mit der Besetzung des Hambacher Forsts die Klimaproteste eine hohe mediale Präsenz (Kaufer/Lein 2018). Insofern war der Boden für jene breite klimapolitische Mobilisierung bereitet, die durch FFF in Gang gesetzt wurde. Die der eigentlichen Protest- bzw. Ak-

tionsmobilisierung vorausgehende, überwiegend auf kognitiver Ebene verlaufende *Konsensus*mobilisierung (Klandermans 1988) relevanter Teile der Bevölkerung und der Massenmedien war bereits in der Startphase von FFF gegeben. Vor diesem Hintergrund entfaltete die zunächst einsame Aktion von Greta Thunberg ihre Strahlkraft nicht in der informationellen Sachdimension, sondern in ihrer Sozialdimension als »Schulstreik« einer willensstarken Fünfzehnjährigen, der mediale Neugier weckte und zunächst vor allem Schüler_innen zum Mitmachen anregte.

Die Bezeichnung und Praxis des »Schulstreiks« – ein Novum im Feld des klimapolitischen Protests – war unter dem Gesichtspunkt erfolgreicher Protestmobilisierung ein genialer Eröffnungszug. Er war und blieb, wenngleich mit schwindender Bedeutung, die zentrale Aktionsform von *Fridays for Future*. Die Streiks wurden wöchentlich wiederholt und waren auf eine Steigerung der Beteiligung angelegt. Obgleich die Bezeichnung als »Streik« überzogen scheint,³ ging doch von seiner Semantik und Symbolik eine erhebliche Wirkung aus. Immerhin bedeutet die wenngleich befristete, aber doch öffentlich bekundete temporäre Abwesenheit eine Verletzung der Schulpflicht und somit eine Unterbrechung gesellschaftlicher Routinen. Sie beinhaltet nicht nur für die Streikenden eine individuelle und womöglich mit negativen Sanktionen bedachte Gewissensentscheidung; sie zwingt zugleich andere Gruppen, insbesondere Eltern, Lehrer_innen, Schulleitungen und Kultusbehörden, zu Stellungnahmen. Obwohl sich an den Schulstreiks nur selten ganze Klassenverbände, sondern meist nur einzelne Gruppen beteiligten, wurden sie damit zu einem öffentlichen und polarisierenden Streitthema um die Pole »Schulschwänzen« *versus* willkommenes »politisches Engagement« der ansonsten oft als unpolitisch eingestuften Jugend (Hurrelmann/Albrecht 2020). Im Gefolge der zunächst im Vordergrund stehenden Diskussion um die Legitimität oder Verwerflichkeit des Streiks ergab sich dann auch eine inhaltliche Auseinandersetzung um dessen Gründe: die vom Klimawandel ausgehende globale Bedrohung und die erkennbare

3 Die Wortwahl »Streik« erscheint semantisch überzogen, fehlt doch der mit einem genuine Streik verbundene Stillstand zulasten des betroffenen Unternehmens bzw. einer Institution. Eher kommt der Schulstreik der Symbolik des Warnstreiks nahe, doch fehlt das im Warnstreik angelegte Drohmoment einer möglichen Lahmlegung einer Produktion bzw. eines Betriebs. Noch unklarer ist die Bezeichnung des »Netzstreiks« vor dem Hintergrund eines temporären Verbots öffentlicher Versammlungen bei gleichzeitiger Aussetzung des formellen Schulbetriebs in Zeiten der Coronakrise.

Kluft zwischen den vertraglich fixierten Versprechungen nahezu aller Regierungen dieser Welt und einer insgesamt, so auch in Deutschland, schleppenden Umsetzung. Auch innerhalb der Schüler_innenschaft war das Mittel des Streiks nicht unumstritten. So sprach sich etwa der Stadtschüler_innenrat in Leipzig anfangs dagegen aus. Wer sich trotz Gegenwind und drohender Sanktionen für die Streikbeteiligung entschieden hatte, war gleichsam eine/ein in Diskussionen gereifte/r und durch viele Gleichgesinnte bestärkte/r Überzeugungstät_in. Das tägliche Zusammenkommen in der Schule bot einen idealen Rahmen des Informations- und Erfahrungsaustausches und der wechselseitigen motivationalen Stabilisierung. Teune spricht in diesem Zusammenhang vom Protest als einer Schule der Demokratie (Kapitel 6).

Die Kehrseite der potenziell polarisierenden Regelverletzung des Schulstreiks waren die jeweils an Freitagen anfangs gegen zehn oder elf Uhr, im weiteren Verlauf dann häufig später stattfindenden Demonstrationen. In ihrem Gesamtbild waren diese Auftritte freundlich und fröhlich, teilweise von kindlicher Ausgelassenheit geprägt. Selbst gestaltete Plakate, originelle Sprüche und bemalte Gesichter erweckten den Eindruck von Authentizität, Spontaneität und Offenheit – ein krasses Gegenbild zu manchen uniformen gewerkschaftlichen Protesten. Damit gelang den demonstrierenden Schüler_innen jene an sich prekäre Verbindung von »appeal and threat«, die in der Bewegungsforschung als eine günstige Konstellation der Protestmobilisierung bezeichnet wird (Turner 1969). Zugleich boten sowohl die gemeinsamen Demonstrationserfahrungen als auch die vor- und nachgelagerten Gruppendiskussionen ideale Voraussetzungen, um die für den Zusammenhalt einer Protestbewegung konstitutive kollektive Identität herauszubilden. An manchen Orten entwickelte sich eher in organischer Weise ein ungeschriebenes Regelwerk für das öffentliche Auftreten von FFF und damit verbundene Probleme. An anderen Orten, so in Bremen, wurde ein fünfseitiger »Verhaltenskonsens« fixiert. Der *Nordkongress FFF* wartete mit einem aus elf knappen Punkten bestehenden »Verhaltenskodex« auf, zu dem man sich per Unterschrift bekennen sollte. Dort wird beispielweise in Punkt 10 geregelt: »Wir hinterlassen unser Umfeld sauber, vermeiden Müll und konsumieren möglichst nachhaltig.«

Die kognitive, evaluative und emotionale Ressourcenbasis der sich formierenden Protestbewegung wurde durch zwei weitere Faktoren gestärkt. Zum einen sorgten in ihrem Tenor wohlwollende und teilweise ausdrücklich unterstützende Berichte und Kommentare in den Massenmedien für Ermu-

tigung und Rückhalt (Rucht 2019). Dass es aus Kreisen der (konservativen) Medien und der etablierten Politik auch sehr kritische Stimmen gegen FFF und speziell gegen den Schulstreik gab, verschaffte der Bewegung nur zusätzliche Sichtbarkeit. Zum anderen hatte *Fridays for Future* den Vorteil einer für eine Protestbewegung eher ungewöhnlichen doppelten Legitimation: Sie konnte sich, bezogen auf die Sachdimension der Klimafrage, auf einen weitgehenden Konsens der einschlägigen Wissenschaften berufen und somit den Vorwurf, man solle das Klimathema den »Profis« überlassen, zu ihren Gunsten wenden. Von der Aufgabe der informationellen und popularisierenden Aufklärung über die Sachproblematik des Klimawandels wurde FFF ganz wesentlich durch die Massenmedien entlastet.

Die Bewegung konnte sich zudem, ganz systemimmanent und ohne revolutionäre Attitüde, positiv auf bereits getroffene, aber eben nicht konsequent umgesetzte Regierungsbeschlüsse berufen. Ganz unabhängig von der Dramatik des Problems wurde damit die moralische Verpflichtung angemahnt, gegebene Versprechen einzuhalten. Unter diesen Vorzeichen war den politischen Eliten der ansonsten häufig beschrittene Weg verbaut, die Forderungen von Protestbewegungen als überzogen, utopisch oder radikal zu diskreditieren.

Die FFF-Bewegung hatte somit sowohl hinsichtlich der kognitiven Aufklärungsarbeit als Teil der Konsensumobilisierung als auch der bewertenden, emotional gestützten und motivationsbezogenen Dimension der Aktionsmobilisierung äußerst günstige Voraussetzungen. Für eine erfolgreiche Mobilisierungsarbeit gehören neben diesen vorteilhaften Entwicklungen aber weitere Punkte wie organisatorisches Geschick und der Umgang mit internen Fraktionen und potenziellen Verbündeten. Betrachten wir also im Folgenden diese weiteren Ebenen der Protestmobilisierung.

Die logistische Arbeit

Es erfordert beträchtliche logistische Anstrengungen, um Massendemonstrationen und andere Protestaktionen in den aufgezeigten Dimensionen zu initiieren, Anhänger_innen zu mobilisieren und den Protest über einen längeren Zeitraum hinweg weiterzuführen. Im Fall von *Fridays for Future* war dies vor allem in den ersten Protestmonaten deutlich anders; die »Werbung«, verstanden als Informationsangebot und Motivierung, sich an den Protesten zu beteiligen, verursachte so gut wie keine Kosten. Es genügten direkte

Absprachen in den Schulen und insbesondere den Gymnasien sowie die intensive Nutzung der ohnehin verfügbaren elektronischen Kommunikationsmittel. Mit der Regelmäßigkeit der örtlichen Freitagsproteste, die meist zur selben Zeit am selben Ort stattfanden, wurde dieser Aufwand zunehmend geringer. Für viele Schüler_innen wurde die regelmäßige Teilnahme am Protest zur Selbstverständlichkeit.

Allerdings wuchsen mit der zunehmenden Größe der Proteste und dem medialen Interesse andere Anforderungen. Für direkte Zusammenkünfte von Organisator_innen und Interessent_innen wurden Räume gebraucht. Die von einzelnen Ortsgruppen unterhaltenen Webseiten bedurften einer fortlaufenden Betreuung und Aktualisierung. Presseanfragen mussten bedient, Personen zu Interviews, politischen Talkrunden und Podiumsdiskussionen entsandt werden. Auch wuchs der Bedarf, die Meinungs- und Entscheidungsfindung auf überregionaler Ebene – meist per WhatsApp – zu koordinieren. Entsprechend bildete sich an größeren Orten ebenso wie für die bundesweit abgestimmten Aktivitäten eine Arbeitsteilung von auf einzelne Aufgaben spezialisierten Personen und Arbeitsgruppen heraus. Für viele Organisator_innen entwickelte sich der Aufwand für Logistik, Organisation und Kommunikation zu einem *Fulltimejob*. Einzelne der von uns interviewten Aktivist_innen berichteten von einem durchschnittlichen Zeitaufwand von 30 bis 60 Wochenstunden, insbesondere im Vorfeld der globalen Aktionstage. Beispielsweise wurde die dreimonatige Vorbereitung des Sommerkongresses in Dortmund wesentlich von einer ca. 30-köpfigen Gruppe von Aktivist_innen aus verschiedenen Orten koordiniert. Ein Teil dieser Gruppe hatte sich eigens zu diesem Zweck über Wochen hinweg in einer von der Stadt bereitgestellten Wohnung in teils wechselnder Besetzung einquartiert (»unsere WG«). Für den Kongress mussten Programmabläufe festgelegt sowie Übernachtungsplätze, Veranstaltungszelte, Verpflegung, Toiletten, Sound-Systeme und vieles mehr bereitgestellt werden.

Hilfreich war vor allem mit Blick auf größere Aktionen die schon früh einsetzende Unterstützung durch etablierte Organisationen, die Räume und andere Infrastrukturen bereitstellten, Rat gaben, teilweise auch finanzielle Hilfe leisteten (z. B. für den Druck von Plakaten). Ohne deren Unterstützung »wäre FFF nicht so groß geworden«. Dazu zählen insbesondere Greenpeace, BUND, Naturfreunde sowie weitere Umweltverbände, die Kampagnenplattform Campact, das auf das Thema Braunkohle spezialisierte Netzwerk »Ende Gelände«, teilweise aber auch ortsspezifische Zirkel (z. B. die Turbo-

KlimaKampfGruppe Kiel). Hierbei kam der Bewegung zugute, dass einige der Organisator_innen der frühen Stunde, so beispielsweise Luisa Neubauer in Berlin, Jakob Blasel in Kiel und Thomas Laur in Bremen, bereits Erfahrungen bei Greenpeace beziehungsweise der Grünen Jugend gesammelt hatten. Anders als im Falle der Occupy-Bewegung, die ganz auf ihre Autonomie und eigene Kraft bedacht war, nahm *Fridays for Future* externe Hilfe dankbar an. Beide Seiten achteten allerdings darauf, dass FFF seine Unabhängigkeit bewahren und keine Instrumentalisierung von außen stattfinden konnte (siehe Gentes u. a., Kapitel 8). In diesem Zusammenhang war die stets betonte Überparteilichkeit von FFF von Bedeutung. Sie beinhaltete u. a., Spitzenpolitiker_innen möglichst keine Bühne zu gewähren. Auch waren bei Protestaktionen von FFF die Embleme anderer Organisationen, zumal parteipolitischer Gruppierungen, nicht willkommen. Für anhaltenden Ärger sorgten allerdings Gruppen der kommunistischen Kleinstpartei MLPD, die bei mehreren Anlässen versuchten, sich als Teil von FFF zu präsentieren und ihr Werbematerial zu verteilen. Ebenso gab es in Berlin vergebliche Bemühungen der kommunistischen Jugendorganisation *Revolution*, die Ortsgruppe von *Fridays for Future* zu beeinflussen. Dagegen verlief wiederum die Zusammenarbeit mit der undogmatischen linken Jugendgruppe *à Gauche Bremen* relativ unproblematisch.

Mit der zunehmenden Bekanntheit von FFF erweiterten sich auch die Angebote und Leistungen externer Unterstützer_innen. Auch unaufgefordert wurde von Privatleuten, vereinzelt auch von Unternehmen und anderen Institutionen, Geld an FFF gespendet. Größere Ortsgruppen, zum Beispiel München und Bremen, führen im Namen von Privatpersonen, die FFF angehören, eigene Spendenkonten. Auf dem von der bundesweiten Finanz-AG verwalteten, aber rechtlich der Stiftung *Plant for the Planet* zugeordneten Konto wurde phasenweise ein Stand von mehr als einer halben Million Euro verbucht. Hiervon können per Antragsformular bis zu 300 Euro für Sachmittel abgerufen werden. Bei höheren Beträgen ist ein Sonderantrag zu stellen, über den die Delegierten der überregionalen Finanz-AG entscheiden. Die ansonsten in Protestgruppen notorisch knappen Finanzmittel waren somit für *Fridays for Future* kein Problem. Die örtlichen Routinedemonstrationen verursachten nur geringe Kosten. Alle Organisator_innen arbeiteten ohnehin unbezahlt.

Ergänzend zu den Geldspenden kamen Angebote für weitere Dienst- oder Sachleistungen. Oft konnte auf die vorhandene Ausstattung bereits

bestehender Gruppierungen, zum Beispiel einen Lautsprecherwagen, zurückgegriffen werden. Bei größeren Veranstaltungen sprangen externe Organisationen und Institutionen mit Finanz- und Sachmitteln ein. Einzelne Werbeagenturen und Influencer_innen offerierten ihre Hilfe, aber stießen auf Vorbehalte; Wissenschaftler_innen standen mit Expertise und Rat zur Seite; Künstler_innen wollten ohne Honorar auftreten; Kirchengemeinden stellten Räume zur Verfügung. Bald bildeten sich Unterstützer_innennetzwerke der Students, Parents, Scientists, Psychologists, Entrepreneurs, Architects, Artists etc. for Future. Damit wurde die Basis der Bewegung, die anfangs im Wesentlichen aus Gymnasiast_innen bestand, stark verbreitert. Schon im Frühsommer 2019 hatten sich die Anteile von Studierenden und älteren Menschen an den Protestierenden erhöht. Nach dem Sommer wurden für die globalen Streiktage ganz gezielt andere Gruppen der Gesellschaft angesprochen und die Protestbewegung bewusst geöffnet (siehe Sommer u. a., Kapitel 2).

Kurzum: Für die Organisation der regelmäßigen Freitagsdemonstrationen war der Aufwand relativ bescheiden. Überregionale Großaktionen erforderten dagegen einen erheblichen – ebenfalls unbezahlten – Arbeitsaufwand. Die Kosten für Infrastrukturen wurden im Wesentlichen von externen Anbieter_innen, in Einzelfällen auch durch Kredite beziehungsweise Spenden von Privatpersonen getragen. Der intensive Einsatz für die logistische Arbeit und die nachfolgend behandelte Strukturierungsarbeit führte allerdings zu erheblichen Be- und Überlastungen von Organisator_innen. Einige von ihnen fühlten sich gegen Ende 2019 regelrecht »ausgebrannt«.

Die Strukturierungsarbeit

Neben der logistischen Arbeit, die sich im Kern auf die Bereitstellung von meist physisch gebundenen Mitteln und Infrastrukturen bezieht, entstand bei FFF auch ein erheblicher Aufwand für die vor allem auf Kommunikation beruhende Strukturierungsarbeit.

Eine Teilaufgabe ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer *Kommunikationsstruktur*, mittels derer diverse andere Leistungen erbracht werden können. Die Zusammenkunft in den Schulen als »sozialen Relais« der Protestmobilisierung, teilweise auch der Rückgriff auf bestehende Organe der Schüler_innenmitverwaltung (die allerdings offiziell nicht für

Zwecke von FFF genutzt werden durften), boten einen idealen Rahmen für tägliche Absprachen. Darüber hinaus wurden, abhängig von der Größe örtlicher Gruppen, entweder physische Treffen vor Ort (»Plena«) meist im Wochenrhythmus oder als virtuelle Treffen (Telefonkonferenzen) durchgeführt. Im Rahmen der Onlinekommunikation kam, wenngleich in lokal unterschiedlicher Gewichtung, die ganze Bandbreite elektronischer Kommunikationsmittel zur Anwendung (vor allem Facebook, WhatsApp, Instagram, Telegram und Twitter). Die Treffen verliefen in der Anfangsphase zuweilen »chaotisch«. Bald spielten sich jedoch Routinen ein. Den harten Kern der Ortsgruppen bildeten meist Schüler_innen aus den 11. und 12. Klassen, die mit einer relativ hohen personellen Kontinuität bei der Sache waren. Dieses Engagement blieb teilweise auch nach dem Schulabschluss erhalten und wurde nach Antritt eines Studiums fortgesetzt.

Telefonkonferenzen fanden in einigen Regionen auch auf Landesebene statt. Für die bundesweite Kommunikation bildete ohnehin die meist an Samstagen stattfindende bundesweite Telefonkonferenz der Delegierten die tragende Säule des Austausches von Erfahrungen sowie der Koordination der Willensbildung und Entscheidungsfindung. Bei starken Abweichungen nach oben und unten beteiligten sich im Durchschnitt rund 100 Menschen bzw. Delegierte (pro Ortsgruppe) an diesen Konferenzen. Wurde in Einzelfällen die technisch gesetzte Grenze mit maximal 256 Teilnehmer_innen überschritten, so bildeten sich zwei Kommunikationszirkel, die im nächsten Schritt wiederum ihre Vorschläge abstimmten.

Die Fülle und Komplexität der anstehenden Aufgaben führten sehr bald zu einer *Arbeitsteilung*. Bei kleineren Ortsgruppen mit fünf bis zehn Basisaktivist_innen spezialisierten sich einzelne Personen auf bestimmte Funktionen. Bei größeren Gruppen, die weit mehr als einhundert Aktivist_innen umfassen konnten, bildeten sich »Aktionsgruppen«, »AGs« oder »Taskforces« entlang von Bereichen wie überregionale interne Kommunikation/Social Media, Struktur, Finanzen, Demo-Vorbereitung, Technik, Workshops/Aktionsformen, Pressearbeit etc. Diese Muster der Arbeitsteilung spiegelten sich partiell auch bei der bundesweiten Koordination, wobei in diesem Fall ganz überwiegend per Telefonkonferenz beraten und entschieden wurde. Ergänzend kam es auch zu bilateralen Gesprächen oder physischen Zusammenkünften an Orten von herausgehobenen Protestveranstaltungen. Wer wo mit welchen Aufgaben tätig wurde, ergab sich meist naturwüchsig aufgrund der Neigungen und Kompetenzen der entsprechenden Personen. Der

wichtigste Faktor war der persönlich geleistete Einsatz. Wer viel Zeit in eine bestimmte Aufgabe investierte, war oder wurde ein informell anerkanntes »Mitglied« der entsprechenden AG. Fühlte sich diese Person überlastet, so wurden andere zur Mitarbeit ermuntert oder es blieben einzelne Aufgaben für eine Weile liegen. Mitglieder der bundesweiten »Presse-Orga-Konferenz« berichteten, dass phasenweise tägliche Absprachen mit einer Dauer von ein bis zwei Stunden erforderlich waren.

Der immer wiederkehrende Zwang zur Entscheidungsfindung ist auf jeder Ebene, von der Ortgruppe bis hin zum internationalen Netzwerk, unabweisbar. *Fridays for Future* hat sich allerdings bis heute einer formellen oder gar rechtsförmigen Struktur verweigert (»nicht notwendig«, »widerspricht der basisdemokratischen Ausrichtung«), obwohl deren Hürden, etwa zur Konstituierung eines eingetragenen Vereins, in Deutschland sehr niedrig sind. Allerdings sah sich die Familie von Greta Thunberg im Dezember 2019 genötigt, dem Missbrauch des Namens »*Fridays for Future*« durch die Anmeldung eines Markennamens zu begegnen. Auch wurde in den Medien von einer ähnlichen Initiative eines Stuttgarter Umweltaktivisten berichtet. Bis heute gibt es jedoch zumindest in Deutschland keine *de jure* verantwortlichen Personen und Organe von FFF. Vielmehr mündeten sich in einem anfänglichen *trial and error*-Verfahren bestimmte Prozeduren und Regeln der Entscheidungsfindung heraus. Diese variieren deutlich von Ort zu Ort und sind teilweise – sowohl auf lokaler wie bundesweiter Ebene – von der Existenz dynamischer und hoch motivierter »Führungsfiguren« beeinflusst. In Berlin, wo das Delegationsprinzip stärker formalisiert ist, werden Delegierte für eine Dauer von zwölf Wochen bestimmt, wobei alle vier Wochen eine neue Person ausgewählt wird. Ein Delegiertensystem besteht in Berlin auch auf Schulebene. An anderen Orten gab es zumindest vorübergehend Quasivorstände örtlicher Gruppen.

Aus unseren Interviews geht hervor, dass an manchen Orten die Entscheidungen in aller Regel per Mehrheitsbeschluss der jeweils Anwesenden gefällt werden. Teilweise zeigen auch erhobene Stimmungsbilder an, welche Richtung eingeschlagen werden soll. Bei größeren Telefonkonferenzen wird auch das Umfragetool von Telegram eingesetzt. An anderen Orten kommen Varianten eines eher flexiblen oder eher streng gehandhabten Konsensprinzips zur Anwendung. Eine generelle basisdemokratische Ausrichtung im Allgemeinen sowie ein weitgehender Konsens bei konkreten Einzelentscheidungen sind wichtige Orientierungsmarken. Als hinreichender Konsens gilt

zuweilen auch der Sachverhalt, dass einzelne Personen ausdrücklich Widerspruch zu einer Entscheidungsoption anmelden, aber zugleich bekunden, die vermutete oder dokumentierte Mehrheitsmeinung nicht blockieren zu wollen. Bei einer Vielzahl von Entscheidungen scheinen sich diese variablen Verfahren zu bewähren. Teilweise wird jedoch die Unübersichtlichkeit der Strukturen und die mangelnde Transparenz der Entscheidungsprozesse vermerkt, zumal wenn anstehende Fragen schon »im kleinen Kreis vorbe-sprochen« werden. In Einzelfällen kam es aber auch zu massiven Konflikten und zu persönlichen Anfeindungen. Es bliebe auf Grundlage einer intensiven teilnehmenden Beobachtung zu klären, ob die in anderen Bewegungskontexten gelegentlich konstatierte »Tyrannei der Strukturlosigkeit« nicht existiert, ob das Gespür für die Ausübung informeller Macht bei FFF (noch) nicht besonders entwickelt ist oder ob es gelingt, interne Konflikte nicht eskalieren und nach außen tragen zu lassen (siehe auch Döninghaus u. a., Kapitel 7).

Zu einem auch von manchen Massenmedien registrierten internen Problem entwickelte sich die Frage, wer *Fridays for Future* nach außen vertreten und als »Sprecher_in« auftreten soll. Diese Frage wurde vor allem durch die Massenmedien vorentschieden. In Deutschland erklärten sie Luisa Neubauer, bildlich und persönlich eng an der Seite Greta Thunbergs stehend, zum »Gesicht«, zur »Galionsfigur« oder gar zur »Chefin« von FFF. Hier kamen Nachfrage und Angebot zur Deckung. Neubauer entsprach der Neigung der Medien zur Personalisierung der Bewegung in Deutschland. Über die medial verliehene Prominenz erlangte sie auch großes internes Prestige. Die Zementierung dieser Position führte aber auch zu heftigem internen Widerspruch. Als eine Bewegung mit basisdemokratischer Ausrichtung, so die Kritik, müsste die Außenrepräsentation vor allem bei den medialen Topformaten auf mehr Schultern verteilt werden. Dies ist ein Anspruch, dem Neubauer zuweilen nachkam, den sie aber, nach Aussagen einzelner unserer Interviewpartner_innen, zuweilen auch souverän ignorierte. Auf örtlicher Ebene scheint dagegen die Frage der Außenvertretung keine nennenswerten Probleme aufzuwerfen. In Berlin beispielsweise konnten alle Mitglieder der phasenweise bis zu 15 Personen umfassenden Medien-AG als Pressesprecher_in auftreten, ohne dass es dabei zu größeren Rangeleien kam. An anderen Orten wiederum, so in Zwickau, hat sich eine Person kraft ihres Engagements und/oder Talents als »Koordinator« und zugleich als feste Anlaufstelle für Journalist_innen herausgebildet. Eine derartige Funktion wird

dann so lange ausgeübt, wie die eigene Motivation und die Billigung durch die Ortsgruppe wahren.

Eine zusammenfassende Erklärung von Dynamik und Erfolg der Mobilisierung

FFF hatte zunächst ohne eigenes Zutun die Ausgangslage einer bereits vorhandenen Konsensmobilisierung vorgefunden. Der Boden für die Saat des Protests war bereitet. Die dann einsetzende Aktionsmobilisierung hätte mit der Initialzündung durch das Vorbild Greta Thunberg, der geschickten Taktik des Schulstreiks und der zunächst darauf bezogenen medialen Resonanz, schließlich der Schulen als »sozialen Relais« gruppenbezogener Protestmobilisierung kaum wirkungsvoller ausfallen können. Mit dem Streik als provokativem Regelbruch (*threat*) verband sich das sympathische Bild fröhlicher Jugendproteste (*appeal*). Hinzu kam die Glaubwürdigkeit des Protestanliegens aufgrund (a) seiner Berufung auf fachwissenschaftliche Expertise, (b) des legitimatorischen Trumpfes, dass gerade Jugendliche, die ihre ganze Zukunft noch vor sich haben, besonders berufen seien, sich glaubwürdig für eine intakte und lebenswerte gesellschaftliche Zukunft einzusetzen, und schließlich (c) der systemischen Immanenz der Forderungen von *Fridays for Future*, welche im Prinzip lediglich auf die Einhaltung bereits gegebener politischer Versprechungen zielten, aber, anders als etwa bei der Studentenbewegung der 1960er-Jahre, keinen antagonistischen Pol gegenüber der politischen Elite markieren. Unter diesen Bedingungen war eine hohe und positive Resonanz in den Massenmedien und bei größeren Teilen der Bevölkerung gegeben. Somit war es auch nicht erstaunlich, dass die Bewegung ohne größeres Werben eine eindrucksvolle Riege von Unterstützergruppen gewinnen konnte.

Zugleich nutzte und vermehrte die Bewegung dieses Kapital geschickt. Sie leistete die hinter dem sichtbaren Protestgeschehen stattfindende interne Mobilisierungsarbeit in einer pragmatischen Weise mit viel Opferbereitschaft, Improvisationstalent, einem Schuss Unbekümmertheit und relativ geringen internen Reibungsverlusten. Das verschaffte der Bewegung jenseits ihrer Zielsetzung viel Anerkennung, Respekt und auch Beifall von politischen wie kulturellen Eliten. Dagegen blieb der Mainstream ökonomischer Eliten zurückhaltend bis kritisch, startete aber kaum Frontalangriffe. Die

Kritik von verschiedener Seite war eher paternalistisch getönt, zum Teil vereinnahmend. Man verstehe ja die drangvollen Forderungen der jungen, teilweise auch infantilisierend als »Kinder« bezeichneten Menschen. Aber in der Kompromissmaschine der Realpolitik gehe es eben ein bisschen langsamer und komplizierter zu.

Die bislang gebotenen Erklärungen taugen für die bis September 2019 reichende Phase des Aufschwungs, aber nicht für die Phase des Abschwungs, die sich wohl auch ohne Coronakrise fortgesetzt hätte. Bezogen darauf verweisen wir auf allfällige, in vielen Bewegungen beobachtbare Prozesse: erstens die Veralltäglichen des »Phänomens FFF«, das sich auf Dauer zu stellen begann. Damit erlahmte auch das mediale Interesse, was sich wiederum negativ auf die Protestbeteiligung auswirkte. Der in dieser Lage von manchen Protestbewegungen beschrittene Weg einer Radikalisierung der Aktionsformen in Richtung zivilen Ungehorsams, welcher den Verlust an Masse kompensieren und dadurch den politischen Druck aufrechterhalten soll, wurde innerhalb von FFF durchaus diskutiert, erwies sich aber nicht als mehrheitsfähig. Relativ kurzzeitig wurde die Option der Radikalisierung auf externer Seite durch die Auftritte von Extinction Rebellion im Herbst 2019 verkörpert. Dieser Gruppierung, der es im Vergleich zu FFF in Deutschland allerdings an personeller Substanz und sozialer Verankerung fehlte, schob sich aufgrund ihrer theatralischen Inszenierung und Besetzungsaktionen vorübergehend ins Rampenlicht. Letztlich begründete wohl gerade diese Theatralik in Verbindung mit fragwürdigen Aussagen von Gründer_innen bzw. Exponent_innen dieser Gruppierung deren vorläufigen Abtritt von der öffentlichen Bühne.

FFF, obgleich breit aufgestellt, litt ab Herbst 2019 nicht nur an der Abwärtsspirale nachlassender Protestbeteiligung und schwindenden Medieninteresses, sondern auch an einer internen Ermüdung und Auszehrung des Kerns der Aktivist_innen, die die tägliche Last der Organisationsarbeit geschultert hatten und für die kein ebenso hoch motivierter Ersatz bereitstand. Hinzu kam als ein weiterer demobilisierender Faktor die Enttäuschung, trotz exorbitanter Massenmobilisierung und darüber hinausgehender Sympathiebekundungen politisch kaum etwas erreicht zu haben. Symptomatisch dafür war die bittere Kommentierung des sogenannten Klimapakets vom September 2019, das nicht einmal als symbolisches Zugeständnis an die Bewegung bewertet wurde. Bemisst man die Bilanz von FFF an ihren erklärten Zielen, so blieb die Bewegung bisher weitgehend erfolglos. Vor diesem

Hintergrund wirkt das durch die Coronakrise bedingte Demonstrationsverbot sogar entlastend, verdeckt es doch die auch ohne Pandemie wahrscheinlich gewesene weitere Demobilisierung. Der digitale Protest – das zeigt der globale Klimastreik am 24. April 2020 – entfaltet längst nicht mehr die Wirkung, die die Straßendemonstrationen im Jahr 2019 erzielten.

Die Proteste waren im eigentlichen Sinne keine Schulstreiks; nirgends wurde der Schulbetrieb lahmgelegt. FFF hat zu keinem Zeitpunkt als Streikbewegung funktioniert, dazu war die Beteiligung zu gering. Als sich abzeichnete, dass das Potenzial der Schüler_innen ausgeschöpft war, wurde die Zielgruppe bewusst ausgeweitet. Dadurch wurde FFF bereits nach dem Sommer 2019 Teil einer übergreifenden Klimabewegung und trug zu den Massenprotesten im September und November 2019 maßgeblich bei. Auf diese Weise konnte das Klimathema erstmals massentauglich gemacht und, nach den Klimabeschlüssen von Paris, erneut auf die politische Agenda gesetzt werden. Zweifellos gehören die globalen Mobilisierungen 2019 zu den bislang größten umweltpolitischen Kampagnen in Deutschland und darüber hinaus. Ob FFF »eine der größten Protestbewegungen in der Geschichte der Menschheit« ist (Göpel 2020: 10), muss aber bezweifelt werden. Ungeachtet dessen hat FFF eine beachtliche Mobilisierung »auf die Beine gestellt«, die in ihrer wöchentlichen Rhythmik und raschen Ausweitung mit den Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 zu vergleichen ist.

Auf die Frage, wo die von uns Interviewten die Bewegung in drei Jahren sehen, erhielten wir sehr unterschiedliche Antworten. Ein Aktivist aus Zwickau hofft, dass FFF dann »immer noch auf der Straße ist«, hält aber die Frage für »nicht beantwortbar«. Eine Aktivistin aus Leipzig sieht FFF dann »auf dem Weg zu einer Art Greenpeace..., nicht mehr eine Bewegung, sondern eine NGO«. Andere wännen die Klimabewegung auf dem Weg zu einer *Klimagerechtigkeitsbewegung* und/oder erwarten sowohl hinsichtlich der Forderungen als auch der Aktionsformen einen radikaleren Kurs.

Ein Blick auf sonstige Bewegungen lehrt, dass ein sich abschwächender oder auslaufender Mobilisierungszyklus nicht das Ende einer Bewegung sein muss. Bewegungen könnten auch phasenweise »in abeyance«, einer Art von Dämmer Schlaf, verharren, um Kräfte zu sammeln und zu neuen Anlässen wieder Fahrt aufzunehmen. Allerdings spricht angesichts der Tragweite der Coronakrise, die selbst bei Bewältigung der medizinischen Probleme mit weitaus längeren ökonomischen Nachwirkungen verbunden sein wird, wenig für einen kraftvollen Neustart von FFF. Hinzu kommt, dass die

nicht intendierten Einbrüche des Wirtschaftswachstums den intendierten Schritten der Klimapolitik entgegenkommen und damit die Dringlichkeit eines konsequenten Klimaschutzes zu verringern scheinen. FFF wird es somit schwerer als in der Vergangenheit haben.

Literatur

- Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.) (2013): Die internationale Klimabewegung, Wiesbaden: Springer VS.
- Göpel, Maja (2020): Unsere Welt neu denken. Eine Einladung, Berlin: Ullstein.
- Hurrelmann, Klaus/Albrecht, Erik (2020): Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist, Weinheim: Beltz.
- Kaufer, Ricardo/Lein, Paula (2018): Widerstand im Hambacher Forst: Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31, H. 4 (Online Supplement).
- Klandermans, Bert (1988): The Formation and Mobilization of Consensus, in: Bert Klandermans/Hanspeter, Kriesi/Sidney Tarrow (Hg.), *International Social Movements Research* 1, S. 173–196.
- Klimakabinett (2019): Eckpunkte für das Klimaschutzprogramm 2030, www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1.
- Kössler, Georg (2013): Die Klimabewegung in Deutschland, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), *Die internationale Klimabewegung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 185–204.
- Rucht, Dieter (2018): Exploring the Backstage: Preparation and Implementation of Mass Protests in Germany, in: *American Behavioral Scientist* 61, H. 13, S. 1678–1702.
- Rucht, Dieter (2019): Faszinosum Fridays for Future, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69, H. 47/48, S. 4–9.
- Turner, Ralph H. (1969): The Public Perception of Protest, in: *American Sociological Review* 34, H. 6, S. 815–831.